

Landdagsgruppens skriftlige beretning 2020

Gruppeformand Lars Harms



SSWs landsmøde

19. september 2020

i "Idrætshallen", Moltkestraße 20 c, 24937 Flensburg



Fotos: Per Dittrich

Billederne er fra landdagsmødet i august 2020.

Billede af Flemming Meyer: 2018



Landdagsgruppens skriftlige beretning 2020

Corona

Coronakrisen er uden tvivl den mest overskyggende hændelse, vi har været vidne til her i 2020. At vores bevægelsesfrihed kunne blive indskrænket i en så høj grad, var næsten utænkeligt. Vi måtte leve med, at almindelige grundrettigheder blev indskrænket. Nogle synes givetvis, at indskrænkningerne var en kende for omfattende, men de har virket. Vi klarer os godt sammenlignet med andre lande i Verden.

Det skyldes ikke mindst, at store dele af befolkningen accepterede og fulgte de indskrænkninger, politikerne havde besluttet. Mange var endda skeptiske, da samfundet skulle åbnes trin for trin igen. Det var til enhver tid altafgørende at finde en mellemvej, der er virologisk effektiv og samfundsmæssigt forsvarlig. Derfor har vi støttet landsregeringen i deres tiltag, selv om ikke alle løsninger og beslutninger var 100% perfekt organiseret. Alle fem demokratiske partier i landdagen har fra starten indgået et samarbejde med hensyn til coronakrisen. Det var et vigtigt signal, at alle demokratiske partier er enige, når det drejer sig om at hjælpe befolkningen gennem en så stor krise. Det viste sig, at man ikke var henvist til understøttelse fra højreekstremistiske AfD. Der kom da heller ikke brugbare forslag fra den egn.

Schon in der ersten Debatte zu Corona im März dieses

Jahres ging es um eine umfassende finanzielle Hilfe durch das Land. Anfangs sprachen wir „nur“ über eine halbe Milliarde Euro zusätzlicher Mittel, für die das Land gesonderte Kredite aufnehmen musste. Alle Demokraten, so auch wir, waren einig, dass diese Krise eine der schwierigsten Herausforderungen der letzten Zeit sein würde. Und es zeigte sich ja auch, dass dies so ist. Wir haben damals schon gesagt, dass wir auch bereit sein würden, zusätzlich noch mehr Geld zur Verfügung zu stellen. Im März galten wir damit als visionär, aber schon im April vertrat die Jamaika-Koalition die gleiche Auffassung und im Mai haben wir dann eine weitere Erhöhung der Sonderkredite auf dann insgesamt eine Milliarde Euro beschlossen. Dieses Geld soll in 2020 und 2021 verausgabt werden und dann ab 2023 in 20 gleichen Raten wieder zurückgezahlt werden. Das heißt, wir werden auch hier durchaus noch in den nächsten Jahren mit einer strengeren Haushaltsdisziplin als in den vergangenen Jahren rechnen müssen. Gut, dass wir vorgesorgt und viele Zuschüsse – auch für die Minderheiten – über Gesetze, Verordnungen, Verträge, Kontraktförderungen und Ziel- und Leistungsvereinbarungen abgesichert haben.

Es ist allerdings auch wichtig, noch einmal darauf hinzuweisen, dass diese gesonderten coronabedingten Kredite eine absolute Ausnahme sind. Nach den



Regelungen der Schuldenbremse dürfen solche Kredite nur aufgenommen werden, wenn wir eine außergewöhnlich krisenhafte Situation haben, die nicht selbstverschuldet ist und die sich der Kontrolle des Staates entzieht. Das war und ist bei der Coronakrise der Fall. Dass wir aber überhaupt – im Gegensatz zu anderen Staaten – in der Lage waren, am Markt diese Kredite aufzunehmen, liegt vor allem daran, dass wir eine Schuldenbremse und damit eben auch konsolidierte Haushalte haben. Der SSW hatte ja seinerzeit den Ausschlag für die Einführung einer Schuldenbremse gegeben, als es für CDU, FDP und Grüne für einen solchen verfassungsändernden Beschluss stimmenmäßig nicht reichte. Jetzt zeigt sich, dass unser Eintreten für eine Schuldenbremse richtig war.

Aber auch ein zweiter Punkt wirkt vor dem Hintergrund der Coronakrise anders als noch zuvor. Als wir ab 2015 Flüchtlinge in größerer Zahl aufgenommen hatten, dachten wir, dass dies eine große finanzielle und ökonomische Herausforderung werden würde. Und natürlich ist dies auch nicht immer einfach gewesen. Aber vergleicht man einmal die finanziellen Aufwendungen aus dieser Zeit mit den Aufwendungen und vor allem auch mit den wirtschaftlichen Schäden aufgrund der Coronakrise, dann sieht man, dass die Einschätzung „Wir schaffen das!“ richtig war. I forbindelse med coronakrisen var det vigtigt for os,

at vore egne organisationer også bliver tilgodeset, når landsregeringen beslutter hjælpeprogrammer. Vi førte utallige samtaler med regeringsmedlemmer og politikere fra Jamaika-koalitionen og sørgede for, at vores mindretalsforeninger fik tilbudt hjælp på lige fod med flertallets organisationer.

So erhielten alle Träger von schulischen Ganztags- und Betreuungsangeboten Kompensationszahlungen für ausfallende Beiträge der Eltern – auch die dänischen Träger. Und auch unsere Kindergarten-Eltern erhielten die gleiche Kita-Beitrags-Erstattung wie alle anderen Eltern. Bei den Kultur- und Bildungseinrichtungen, die aufgrund von ausfallenden Kursen auch finanzielle Unterstützung erhalten sollten, sind auch unsere Einrichtungen, wie Jaruplund Højskole und Kursuscentret Christianslyst gleichberechtigt antragsberechtigt. Bei den Sonderzuschüssen für Sporteinrichtungen können natürlich auch die dänischen Sportvereine Anträge stellen. Und dann gab es auch noch die Zusage, dass Kulturvereine, also auch die der dänischen und friesischen Minderheit, ihre durch das Land fest zugesagten Zuschüsse behalten, egal ob sie zugesagte Veranstaltungen durchführen konnten oder nicht. Ein wichtiger Punkt, den wir in Gesprächen mit der Landesregierung erreichen konnten. Die Landeszuschüsse wurden dann sogar vorzeitig ausgezahlt, damit die Kulturträger ohne Schwierigkeiten über die Runden kommen



konnten. Dåt wiset, dåt et åltens wichti as, dåt we as manerhäidepartai e inträse foon e manerhäide önj e loondäi än önj e politik ålgemiin fertreese konne. Önj diheere tuhuupehäng wal ik hål tunk tu üüs dānsche än friiske organisatsjoone seede, wat üs oofting goue tips dānj hääwe än wat åltens en gouen än nååren kontakt tu üs hüljen hääwe.

Men politikken drejede sig heldigvis ikke udelukkende om corona. Der fandtes også andre emner:

Budgettet 2020

Under budgetforhandlingerne holdt vi fast i vores gode tradition om både at stille andragender, der understøtter vores politiske grundholdning og ikke nødvendigvis støttes af Jamaika-koalitionen, og forslag til emner, hvor vi forinden var gået i direkte forhandlinger med regeringskoalitionen. Og disse forhandlinger har atter givet pote. Vi fik flertal til vores forslag om at støtte Dansk Centralbibliotek med en ekstrabevilling på 100.000 euro. Disse penge skal bruges til en ny, moderne bogbus. Derudover får Nordisk Informationskontor for første gang en bevilling fra delstaten. Tilskuddet ligger på 10.000 euro om året. Og der gives nu næsten 150.000 euro

til en landsdækkende koordinering af palliativ- og hospicearbejdet. Og sidst men ikke mindst får Zentrum für selbstbestimmtes Leben, en organisation der støtter handicappede, en tilskudsforhøjelse takket være SSW. Derudover kunne vi opnå, at også Dansk Centralbibliotek nu får deres årlige institutionelle tilskud på basis af resultataftaler med delstaten. Det giver mere planlægningsikkerhed, særligt i disse coronatider.

Aber es gab da ja noch weitere Erfolge des SSW im Landtag. So konnten wir jetzt wieder beim Haushalt 2020 sehen, dass einige unserer Vorschläge aus dem Vorjahr dann doch umgesetzt wurden. Das betrifft insbesondere unsere Vorschläge zur Personalwirtschaft. Für die Polizisten, die wir derzeit ausbilden, wurden nun auch die entsprechenden Stellen geschaffen, so dass wir die Polizistenanwärter später auch übernehmen können. Und auch in der Justiz hat es einen weiteren Stellenaufbau gegeben. Wir hatten vorgeschlagen, Stellen, die in der Zeit des Flüchtlingszustroms an den Verwaltungsgerichten geschaffen wurden, jetzt nicht wieder zu streichen, sondern diese im System zu lassen, damit das System Justiz an sich entlastet werden kann. Auch hier ist uns die Landesregierung mit zeitlichem Verzug gefolgt.



Beides, der Stellenaufbau bei der Polizei und in der Justiz, stärkt unseren Rechtsstaat und macht ihn handlungsfähiger.

Wir hatten dann auch noch beantragt, das Landesprogramm Einbruchsschutz weiterzuführen. Mit diesem Programm werden bauliche Maßnahmen an Privathäusern gefördert, die Einbrüche erschweren sollten. Dieses Programm wurde jedes Jahr erneut vollständig durch die Bürger genutzt und deshalb wollten wir das erfolgreiche Programm weiterführen. Die Jamaika-Koalition sah das anfangs anders und lehnte unseren Vorschlag ab. Aber mit dem ersten Nachtragshaushalt besann sich die Koalition doch noch eines Besseren und hat das Programm dann sogar noch aufgestockt. Ähnlich verhielt es sich mit unserer Forderung, die Sportstättenförderung in bisheriger Höhe beizubehalten. Auch das wurde anfangs abgelehnt, um dann doch jetzt im Rahmen des Corona-Hilfsprogramms wieder neu aufgenommen zu werden. Ähnliches gilt übrigens auch für die Förderung der Bildungsstätten, die wir auch schon vor den Coronazeiten auf dem Schirm hatten. Und dann war da ja noch unsere Forderung, dass das Land erst einmal die Beiträge der Mitglieder für

die Pflegeberufekammer übernehmen möge. Wir hatten dies in den Haushaltsberatungen auch mit Geld unterlegt, doch die Jamaika-Koalition lehnte dies rigoros ab. Kurze Zeit später allerdings sprang die Koalition doch noch auf unseren Wagen auf und jetzt übernimmt das Land erst einmal die Beiträge und will dann in einiger Zeit die Mitglieder über die Zukunft der Pflegeberufekammer entscheiden lassen. Man merkt also, dass die Landesregierung und die sie tragende Koalition ab und an einen kleinen Anstoß vom SSW brauchen und dann durchaus auch bereit sind, anfängliche Fehler zu korrigieren. Än bait iinje köön we e loonsregiierung uk deerfoon ouertjööge, dät e Frasche Rädj önj e tukamst mör giilj hääwe schal. Iir san diile foont årbe döör e runte foont stiftungskapitaal foon e tukaamen Friisk Stifting, wat iirngelung bloot en froome wansch wus, betååld wörden. Nü kamt e stifting än deerfor fält dätdeer giilj jarst iinjsen wäch. Deeram wårt nü e tuschus for e Frasche Rädj foon 15.000 euro aw 65.000 euro huuch seet. Südänji koon e Frasche Rädj wideremååge än uk naie årbesfålje önjgunge. Trotzdem müssen wir feststellen, dass die Landesregierung bei einigen Fragestellungen doch



festgefahren ist. Wir wollten den Fahrradverkehr allgemein stärken, in dem Radwege und die Fahrradinfrastruktur vor allem in den Städten gefördert wird. Hier sind die größten Potentiale für die Verkehrswende zu heben. Zustimmung durch Jamaika, leider Fehlanzeige. Wir wollten einen eigenen Landeswettbewerb Special Olympics durchführen. Zustimmung durch Jamaika, leider Fehlanzeige. Wir wollten e-Sports-Häuser und eine e-Sports-Akademie in Heide fördern. Zustimmung durch Jamaika, leider Fehlanzeige. Aber immerhin gelang es uns und anderen, die Landesregierung zu einer Förderung für die entsprechende Kieler Einrichtung zu bewegen. Wir haben den Antrag gestellt, der Forderung der Beamten für eine Anpassung ihrer Bezüge um 1.000 Euro als Kompensation für das vor Jahren schon gestrichene Weihnachtsgeld nachzukommen. Unsere Beschäftigten hätten eine spürbare Erhöhung der Bezüge bekommen, wir wären gehaltsmäßig im Ländervergleich wieder wettbewerbsfähiger geworden und das Ganze wäre viel billiger als die Weihnachtsgeldzahlung gewesen. Alles also Vorteile für das Land und die Beschäftigten. Zustimmung durch Jamaika, leider Fehlanzeige. Für uns war es in der Diskussion um das Semesterticket wichtig, dass auch andere nicht vergessen werden. Wir wollten, dass FSJler und FÖJler ebenfalls kostenlos mit dem ÖPNV fahren können. Zustimmung durch Jamaika,

leider Fehlanzeige. Und bei der Sanierung der Schlei heißt es eigentlich klotzen und nicht kleckern. Deshalb beantragten wir, gemäß der wirklichen Bedarfe, 5 Millionen Euro jährliche Mittel zur Sanierung der Schlei bereitzustellen. Zustimmung durch Jamaika, leider Fehlanzeige. Herausgekommen ist eine viel kleinere Förderung und niemand weiß, ob sich hier wirklich noch nachhaltig etwas bewegt. Und auch bei einem Steckenpferd des SSW, der kostenlosen Entleihe in Bibliotheken, macht Jamaika nicht mit. Zustimmung durch Jamaika, leider auch hier Fehlanzeige. Noch nicht einmal zu einer markant verbesserten Förderung der Erstaufforstung konnte sich Jamaika in diesen Zeiten der Klimadiskussionen durchringen. Man sieht also, dass es trotz mancher Übereinstimmung doch auch erhebliche Unterschiede zwischen dem SSW und der Regierungskoalition gibt.

Boliger, boliger og endnu engang boliger

En af de største udfordringer, vi har i samfundet, er bolignøden. Især i de større og mellemstore byer mangler der boliger. Selvfølgelig er det rigtigt at nybygning af boliger er den bedste vej ud af problemerne. Men det er ikke den eneste vej. Ud over at støtte offentlige og private investorer er det også



nødvendigt at skabe rammebetingelser for, at alle kan få en fornuftig bolig til en fornuftig pris. Det er gunden til, at vi allerede i fjor stillede forslag om en "Wohnraumschutzgesetz", som også findes i andre forbundslande. Men Jamaika-koalitionen afviste vores lovforslag og gjorde det dermed tydeligt, at de ikke er interesseret i at løse de værste problemer for de mest udsatte i samfundet. Tværtimod støtter de hellere dem, der ikke har brug for understøttelse. Det kom frem, da vi kom med et forslag om at ændre Wohnraumförderungsgesetz. Vi ville især indføre en såkaldt "Fehlbelegungsabgabe".

Einer Untersuchung des Instituts der Deutschen Wirtschaft zufolge sind bundesweit rund 54 Prozent aller Sozialwohnungen von Menschen bewohnt, die über den gültigen Einkommensgrenzen liegen. Geprüft wird die Bedürftigkeit im Regelfall nur bei Einzug – spätere Kontrollen bleiben in aller Regel aus. Diese Wohnungen stehen deshalb Geringverdienern gar nicht zur Verfügung. Schon zwei bis drei Jahre nach dem Einzug haben 30 bis 40 Prozent aller Bewohner ein Einkommen oberhalb der Grenzen im sozialen Wohnungsbau. Hierdurch wird somit ein Großteil der Wohnungen der eigentlichen Klientel entzogen. Den Kommunen steht wiederum nicht immer genügend Geld zur Verfügung, um soziale Wohnungsbauprojekte

zu finanzieren. Deshalb wollten wir den Kommunen die Möglichkeit geben, eine Fehlbelegungsabgabe zu erheben, so dass die bisherigen Bewohner in ihren Wohnungen bleiben können und gleichzeitig mit den Einnahmen aus der Fehlbelegungsabgabe neue sozialgebundene Wohnungen geschaffen werden können. Die Jamaika-Koalition hat unseren Vorstoß mit der Begründung abgelehnt, dass der Verwaltungsaufwand angeblich zu hoch sei. Üblicherweise beträgt er ca. 20 bis 25% der Einnahmen und wir hatten vorgesehen, dass die Kommunen, sofern sie eine Fehlbelegungsabgabe erheben würden, 25% der Einnahmen behalten dürften. Die Kostendeckung wäre somit gesichert gewesen. Insbesondere große Städte hätten mit diesem Instrument viel in den Wohnungsbau investieren können. Und auch kleine Gemeinden auf Amtsebene und darüber hinaus hätten sich nach unserem Vorschlag hierfür zusammenschließen können und so auch regional viel bewirken können. Dass Jamaika so eine Möglichkeit ungenutzt verstreichen lässt zeigt, dass man zwar gerne die Wohnungsnot bedauert, aber keine gesetzlichen Grundlagen für die Behebung der Wohnungsnot schaffen will.



Der erste Lack ist ab

I begyndelsen af valgperioden kunne man få det indtryk, at Jamaika-koalitionen løber over vandet. Alt forløb stille og roligt, og der var ikke de store konflikter at spore i koalitionen. Men det var kun facade. Nu kan man i stigende grad observere, at koalitionen er uenig selv om de mest grundlæggende emner. Der findes store ideologiske forskelle i trafik-, erhvervs- og miljøpolitik ligesom med hensyn til borgerrettighederne. Konfliktpotentialet bliver mere tydeligt for hver uge, der går af denne valgperiode. Bemærkelsesværdigt er også, hvort stort et konfliktpotentiale der slumrer inden for CDU. At indenrigsminister Grote måtte forlade sin post fra den ene dag til den anden, var en stor overraskelse – også for koalitionspartnerne De Grønne og FDP. Minister Grote galt als einer der Leistungsträger in der Koalition. Er war im besten Sinne liberal und weltoffen in der Flüchtlingspolitik. Und das hat ihm wohl nicht nur Freunde eingebracht. Immerhin, er hat sich großes Ansehen bei seinen Koalitionspartnern und auch bei den demokratischen Oppositionsparteien erworben. Aber das muss in der CDU nicht unbedingt von Vorteil sein. Wir werden wahrscheinlich nie erfahren, warum Minister Grote wirklich gehen musste. Der Verrat

von Geheimnissen oder eine zu persönliche Nähe zu Journalisten konnte ihm jedenfalls nicht nachgewiesen werden. Ministerpräsident Günther mag seine Gründe gehabt haben, aber die lagen sicherlich eher in politischen Fragen als in einem wie auch immer gearteten Vertrauensbruch.

Manerhäide önj e fokus

Ein gewisses Aufsehen, auch internationaler Art, erreichten wir mit einem Antrag, der die Lage der kurdischen Minderheiten zum Inhalt hatte. Im Antrag ging es um eine Solidaritätsadresse für die kurdische Bevölkerung, eine mögliche Aufhebung des Betätigungsverbot für die PKK und ein Verbot von Waffenlieferungen an die Türkei. Wir hatten festgestellt, dass von der PKK in Deutschland keine terroristische Gefahr ausgeht und sahen uns hierbei auch von Verfassungsschutzberichten bestätigt. Zudem werden deutsche Waffen durch die Türkei auch dazu benutzt, die dortige kurdische Minderheit massiv zu unterdrücken. Und die türkischen Minderheiten in der gesamten Region, und damit auch PKK-nahe Kräfte, sind unsere Bündnispartner beim Kampf gegen die Terroristen des Islamischen Staates. Alles gute Gründe, sich mit der Frage der kurdischen Minderheiten näher



zu befassen. Flemming Meyer hatte sich vor kurzem in der Region aufgehalten und sich ein Bild gemacht. Er kam mit dem Wunsch der Kurden zurück, nicht vergessen zu werden. Deshalb sollte man unbedingt über ihre Lage öffentlich diskutieren, so ihr Wunsch. Für uns war das eine Selbstverständlichkeit. Wir sind aber bisher nicht über eine Landtagsdebatte hinausgekommen. Normalerweise würde man auf Grundlage eines solchen Antrages eine Anhörung im Ausschuss durchführen, zu der dann natürlich auch Kritiker der Kurden eingeladen werden könnten. Bisher hat sich die Jamaika-Koalition aber verweigert mit dem Hinweis, dass man sich noch nicht einig über das Thema sei. Auch hier wird deutlich, dass die Koalition nur eine sehr dünne gemeinsame Linie hat. Hvad mindretallene i Tyskland angår, er situationen heldigvis en anden. Vi havde stillet et andragende om, at mindretallene i Tyskland skulle optages i grundloven. Den formulering, der nu er foreslået, lyder: „Der Staat achtet die Identität der autochthonen Minderheiten und Volksgruppen, die nach dem Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten des Europarats in Deutschland anerkannt sind.“

Landsregeringen har hele tiden involveret SSWs landdagsgruppe i forhandlingerne med andre landsregeringer, især med Sachsen og Brandenburg.

Det lykkedes at komme med et fælles andragende i forbundsrådet. Her er der stadigvæk en forhåbning om, at forslaget med mindretallene bliver optaget i forhandlingerne om grundloven i sin helhed. Det står allerede nu klart, at der kommer forandringer i grundloven, og formålet er, at også vores landsregering har "eine Forderung im Köcher". Det bliver spændende at se, om vores forslag får det nødvendige flertal i Forbundsrådet og Forbundsdagen.

Deer ütouer hääwe we uk ma en önjdräch aw e situation foon friisk-unerrucht önj e schoule haanewised. We hääwe en bärj kråawe apstald, wat jam amt stuudium, et liirmatrejool än e schöljunerrucht ålgemiin draiden (Drs. 20/1894). Än spoosienooch lüp et dan. Aw iinjtooch wus et möölik än dou e studänte 10 credit-points for jare „Zusatzqualifikation Friesisch“ än deer wörd nu uk en ekstra stää fort ütårben foon liirmatrejool schååfd. Dåt as was nuch ai enooch, ouers likes schint deer bewääging önj e sååge tu kaamen. E loondäi heet deer ütouer beslin än fäär en gruter önjhiiring tut teema döör än üüs krisdäisfraktsjoon önj Nordfraschlönj heet et teema uk apgram. Deer schal en grut hiiring foor eksperte döörfjart wårde.

Jarling wårt deer nü e Friisk Stifting grünläid. Ik seelew ban foon e loondäi önj e stiftingsrädj kiised wörden. E stifting heet ambai 2 miljoone euro stiftingskapitaal



än åle tuschüse foon e friiske schan önj e tukamst döör judeer stifting luupe. Di grute fordiilj as, dåt åles önj e tukamst önj iinj hönj läid än e friiske diräkt masnååke koone. Deerütouer fålt et ferwåltingsårbe, wat bit heertu e Frasche Rädj mååged heet, önj e tukamst wäch. Dåt lönj stald deerfor maårbere paroot.

Flemming forlader landddagen – Christian kommer til

Til sidst vil jeg gerne sige tak til alle medarbejdere og mine landdagskollegaer for et fantastisk samarbejde. Men især en stor tak til Flemming, der nu har forladt landdagen efter 11 år. Flemming er for mig at se prototypen af en SSW-politiker. Folkelig, i tæt kontakt med vælgerne og med dem, der endnu ikke har valgt os. Han har et fast dansk ståsted og et åbent hjerte over for det frisiske mindretal. Og han er en politiker, der også er anerkendt i flertalsbefolkningen langt ud over landegrænsen. På det sidste landdagsmøde i juni kom der rosede ord fra landdagspræsident Schlie, der i sin afskedtale til Flemming understregede, at SSW har retten til at deltage i en landsregering, og at SSW i sin regeringstid har dokumenteret, at partiet er i stand til at deltage professionelt i et regeringssamarbejde. Og det havde i høj grad at gøre med Flemmings evne til at samarbejde og samtidig at fremføre sine faste

synspunkter. Det har gavnet SSW, det har gavnet mindretallene og det har gavnet vores hjemstavn. Tak for det, Flemming!

Den 1. august fik vi således et nyt landdagsmedlem. Christian Dirschauer har overtaget efter Flemming. Vi glæder os allesammen i landdagsgruppen. Det bliver spændende og sikkert også lidt anderledes at samarbejde med en ny kollega. Men det bliver helt sikkert rigtigt godt. Hjertelig velkommen, hartlik wäljkiimen, Christian!

Lars Harms
Formand for SSW i landdagen /
formoon foon e SSW önj e loondäi
August 2020 / önj e beeridmoune 2020



Landdagsgruppens
skriftlige beretning 2020



SSW 
For os i Sydslesvig.